

Business as usual

Hilfe, Wiederaufbau und der Status Quo — Entwicklungen am Indischen Ozean

von **Niklas Reese**

Über 300.000 Menschen sind bei der Flutkatastrophe am Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 ums Leben gekommen. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) schätzt, dass mehr als zwei Millionen Menschen mittel- oder unmittelbar betroffen sein dürften, indem sie ihr Leben oder ihren Besitz verloren haben, schwerwiegende körperliche und seelische gesundheitliche Folgen davongetragen haben oder der Tsunami ihre Einkommensquelle zerstört hat.

Obwohl 1976 bei dem Erdbeben von Tangshan ca. 600.000 Menschen ihr Leben verloren haben, gilt der Tsunami vielen als die erste wirkliche globale Naturkatastrophe. Er hat eine finanzielle Unterstützung und eine Woge des Mitgeföhls ausgelöst. Insgesamt sind bis zu sieben Milliarden US-Dollar an Spenden und Finanzzusagen von Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen zusammengekommen. Schweigeminuten auf öffentlichen Plätzen, in Behörden und vor Erstligaspielen, Galakonzerten und Benefizspielen — weltweit wurde an dem Leid der Opfer Anteil genommen. So etwas gab es seit dem 11. September 2001 nicht mehr — und dann auch noch wegen einer Katastrophe im globalen Süden!

Nach Nothilfe ist nun Wiederaufbau angesagt. Langsam zeichnet sich ab, wo die Reise hingeht.

Es trifft vor allem die Armen

Bis auf Sri Lanka und die Malediven sind die ökonomischen Auswirkungen der Flut auf die Volkswirtschaften gering, so die ADB. Entweder gehören die betroffenen Regionen, da meist ländlich und ohne viel Industrie, nicht zu den volkswirtschaftlich bedeutsamen Gegenden, oder aber — wie im Fall der thailändischen Touristengebiete — hofft man, dass der Wiederaufbau

und die vielen bereitgestellten finanziellen Mittel ein wirtschaftliches Wachstum auslösen. Investmentmanager gehen davon aus, dass die Region wirtschaftlich gestärkt aus der Katastrophe hervorgehen wird.

Doch der gesamtwirtschaftliche Blick ist nicht der Blick der »kleinen Leute«. Die Häuser und Hütten, die von der Flutwelle zerstört wurden, waren vor allem die der Armen, die nah am Meer leben (müssen). Ihre Behausungen waren oft Bruchbuden, die der Flut nicht standhalten konnten. An vielen Orten ragt aus den Trümmern ein einzelnes Haus heraus, da es mit festem Baumaterial errichtet wurde.

Die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) schätzt, dass insgesamt etwa eine Millionen Jobs verloren gegangen sind. Viele der Betroffenen leb(t)en von der Fischerei und können erst einmal nicht mehr auf Fang gehen, weil ihre Boote und Netze zerstört wurden. Durch die Flutwelle sind viele Korallenriffe vor der Küste zerstört worden, die als Laichplätze dienten. Die Nachfrage nach Fisch ist zudem massiv zurückgegangen. Viele Menschen glauben, dass sich die Fische von den Leichen ernähren, die von den Wellen in das Meer geschwemmt wurden.

Andere haben gar kein geregelteres Einkommen gehabt oder lebten vom Kleinhandel. Da aber kaum ein Mensch in den Armenghettos noch Geld hat, bleiben ihre Kunden aus.

Landwirtschaftlich genutzter Boden wird Jahre brauchen, bis er

sich von den großen Mengen Salzwasser erholt hat, die die Flut mit sich brachte. Aus Südindien hört man, dass die Bauern mindestens drei Jahre abwarten müssen, bis sie wieder säen und ernten können. Alle diese Menschen haben nicht nur ihre Einkommensquelle verloren, sondern meist auch ihren gesamten Besitz. Im Süden Sri Lankas hatten viele Arme ihre Hütten zwischen den Eisenbahnschienen aufgebaut, weil sie es sich nicht leisten konnten, ein Stück Land zu kaufen. Denn da sie als Landbesetzer gelten, steht ihnen nicht einmal eine staatliche Ausgleichszahlung zu.

Die Wiederaufbauhilfe der thailändischen Regierung richtet sich vornehmlich an die etablierte Tourismusindustrie. Regionalplaner, Touristenagenturen und Landbesitzer hoffen, Nutzen aus der Katastrophe zu ziehen. Fischerfamilien werden nun auch noch von Immobilienmaklern von ihrem Grund und Boden an noch gefährdetere Plätze abgedrängt. »Die großen Hotelbesitzer«, so meint eine Bauchladenverkäuferin in Phuket, »wollen uns nicht am Strand haben, weil wir ihnen das Geschäft verderben. (...) Als der Tsunami kam, war das Hotel doch froh, weil es unser ganzes Geschäft weggespült hat. Der Tsunami hat erledigt, was sie seit 14 Jahren vergeblich versucht haben.«

Ohne eine armutsorientierte Entwicklungspolitik werden die Armen

Niklas Reese ist Mitarbeiter des Sozialprojekts des Asienhauses.

weiterhin die Hauptopfer von kommenden Naturkatastrophen sein. Sie müssen an gefährlichen Stellen siedeln, wenn durch die Marktmechanismen alles übrige Land durch wohlhabendere Menschen und Unternehmen beansprucht wird. Sie werden die Ressourcen, derer sie habhaft können, übernutzen müssen, um zu überleben und werden weiterhin diejenigen sein, die vornehmlich unter den ökologischen Schäden zu leiden haben.

Menschenrechte auf dem Abstellgleis

In Krisensituationen werden Menschenrechte erfahrungsgemäß schnell anderen Problemen untergeordnet, so amnesty international(ai). Frauen, Kinder sowie soziale und ethnische Minderheiten werden gegenwärtig erneut Opfer von Menschenrechtsverletzungen. In den überfüllten und personell unterbesetzten Flüchtlingslagern sind sie besonders von Gewalt bedroht und werden benachteiligt. Aus Flüchtlingslagern werden Vergewaltigungen und Belästigung von Frauen gemeldet.

In Aceh drohen Kinder [die Flut hat 30.000 Kinder zu Vollwaisen gemacht] von einer Adoptionsmafia verschleppt zu werden; in Sri Lanka werden sie von Rebellen der *Tamilischen Tiger* (LTTE) zwangsrekrutiert.

Frauen und Kinder trauen sich nicht, nachts ihre Notunterkünfte zu verlassen, um Wasser zu holen. In Südindien werden Frauen, die nach Verlust ihrer Männer zu (alleinigen) Familiernährerinnen geworden sind, vom Staat nicht unterstützt.

Dort werden in Flüchtlingslagern vor allem die sogenannten Unberühmbaren (Dalits), die Parias der Kastengesellschaft, von denen es in Indien insgesamt 160 Millionen gibt, bei der Verteilung der Hilfsgüter benachteiligt. Die Diskriminierung der Dalits ist zwar gesetzlich verboten, aber soziale Strukturen sind zäh.

In der Provinz Tamil Nadu wird von vielen Fällen berichtet, in

denen Dalitgemeinden bei den Hilfslieferungen übergangen und Dalits von Flüchtlingslagern ausgeschlossen worden sind. Zuvor hat man sie jedoch gezwungen, Leichen und Trümmer beiseite zu schaffen — eine Arbeit, die Angehörige höherer Kasten für schmutzig und ihrer unwürdig betrachten.

Eine 28-jährige Dalit, Mutter von zwei Kindern, berichtet, dass ihr ein Fischer erklärt habe, sie bekämen

Der Inder Niruj Revathi vom *Alternative Law Forum* fragt: »Heißt Wiederaufbau, dass man denen, die Ressourcen verloren haben, ihnen diese bis zur ursprünglichen Menge ersetzt und diejenigen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt waren, dort lässt, wo sie waren, am untersten Rand der Hierarchie? Oder sollte die Politik nicht vielmehr versuchen, das Problem der sozio-ökonomischen Marginalisierung anzupacken?«



nur etwas zu essen, wenn etwas übrig bleibe. »Immer wenn ein Laster mit Hilfslieferungen ankam, haben die erst Sachen für sich entladen. Was übrig blieb, hat man zu uns rübergeschoben.«

Eine Fischerin rechtfertigt sich und meint. »Wir haben alles verloren, unsere Häuser, unsere Boote und unsere Angehörigen. Die haben ihre Strohdächer, ein paar Ziegen und vielleicht eine Sichel und einen Spaten verloren.« Mit einer ähnlichen Argumentation haben Regierungsstellen Fischerfamilien bevorzugt versorgt; die landlosen Dalits, meist ohne feste Beschäftigung, bekamen kaum etwas ab.

Von staatlicher Seite ist bedauerlicherweise in punkto Schutz der Menschenrechte nicht viel zu erwarten. In allen Flutländern ist es nämlich nach Angaben von ai in den letzten Jahren zu systematischen Menschenrechtsverletzungen durch den Staat gekommen.

Aus Aceh und Sri Lanka nichts Neues

Nach der Flutkatastrophe ist vor der Flutkatastrophe. An den gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen hat sich kaum etwas geändert. Das wird deutlich, wenn

man etwa nach Aceh und Sri Lanka schaut.

1. Wiederaufbau in Aceh

In den letzten Wochen haben die ersten Flutopfer die Zelte, Moscheen und öffentlichen Gebäude verlassen können, in denen sie behelfsmäßig untergekommen waren. Die Menschen sind in 300 Holzbaracken gezogen, wo sie die nächsten zwei Jahre unter Bewachung des Militärs leben sollen. Bei Menschenrechtsgruppen kommen böse Erinnerungen hoch, da das Militär in Aceh früher auch Camps angelegt hatte, um die Bevölkerung zu kontrollieren und die Unabhängigkeitsbewegung zu bekämpfen.

Die Armee hat sich ohnehin als Menschenrechtsverletzer einen Namen gemacht, und auch in den letzten zwei Monaten ist es zu Menschenrechtsverletzungen durch das Militär gekommen, berichtet *Human Rights Watch*. Sieben Bewohner von Gampung Bale, die nach Angehörigen suchten, seien am 28. Dezember bei einer Kontrolle vom Militär aufgefordert worden, sich auszuziehen, und dann umgebracht worden. Am 27. Januar eröffneten die Armee bei einer Militäroperation das Feuer auf Bewohner des Dorfes Darussalem. Drei Menschen starben. Am 2. Februar hielt das Militär Autos auf der Straße von Medan nach Banda Aceh an. Ein Mann wurde verhaftet, zusammengeschlagen bis er ohnmächtig wurde und dann auf die Ladefläche des Militärlasters geworfen. Von ihm fehlt noch jede Spur. Am gleichen Tag schoss das Militär auf eine Frau, die sich auf dem Weg zur Entbindung ins Krankenhaus befand. Sie verblutete noch bevor das Krankenhaus erreicht wurde.

Ein bekannter Anti-Korruptionsaktivist, Farid Faqih, wurde verhaftet und schwer misshandelt, nachdem er behauptet hatte, die Regierung würde die Zahl der Opfer übertreiben, um mehr Geld zu bekommen. Außerdem warf er dem Militär vor, Hilfsgüter zu stehlen. »Man versucht, die Nicht-Regierungsorganisationen von der Überwachung des Wiederaufbaus abzuhalten«, meint Hayie Muhammad, der zur Anti-Korruptions-NGO *Procurement Watch* gehört. »Was Farid Faqih zugestoßen ist, war eine Art Schocktherapie, die als Botschaft an andere gedacht ist.«

In einigen Wochen, am 26. März, soll der humanitäre Sondereinsatz der indonesischen Armee beendet sein. Japan, Australien und Deutschland haben bereits erklärt, dass sie ihre Soldaten im März abziehen. Ob auch die zivilen Helfer gehen müssen, ist noch unklar. Eine der größten Ängste der Menschen vor Ort ist, dass das Militär Aceh wieder hermetisch abschließen wird, sobald die Ausländer/innen die Provinz verlassen haben.

2. Wiederaufbau in Sri Lanka

Von den 31.000 Todesopfern in Sri Lanka sollen 20.000 zu der Tamilenmehrheit im Norden und Osten der Insel gehören. 5.000 Menschen werden noch vermisst. Eine Million Menschen wurden obdachlos. Rund zwei Drittel des Küstenstreifens, 250.000 Häuser, 312 Schulen und 72 Krankenhäuser wurden zerstört. Die ADB geht davon aus, dass 250.000 Menschen, also ein Prozent der Bevölkerung, durch den Tsunami zusätzlich unter die Armutsgrenze gerutscht ist.

Wie in Indonesien und Thailand hat auch die Regierung von Sri Lanka in unmittelbarer Nähe zum Meer ein Bbauungsverbot erlassen. Die Regierung hat versprochen, die Überlebenden in flutsicheren Gebieten landeinwärts neu anzusiedeln. Dabei handelt es sich um eine an sich vernünftige Idee, die auch das UN-Umweltprogramm UNEP eingefordert hat. Doch die Absicht, eine Sicherheitszone einzurichten, hat in allen Ländern zu Protesten unter Fischerfamilien und Menschen geführt. Die als neue Siedlungsorte vorgesehenen Gegenden sind oft weit vom Meer entfernt. Im Hambantota und in anderen Orten entlang der zerstörten Küste Sri Lankas wollen nur wenige in die geplanten Satelliten-Städtchen ziehen.

Außerdem besteht der Verdacht, dass die Regierung die Küstenstreifen eher räumen will, um dort große Touristenanlagen anzusiedeln. »Wir stimmen zu, dass die Opfer an sichere Plätze gebracht werden müssen. Aber die leeren Strände sollten den Fischern zur Verfügung stehen, damit sie dort ihr Zubehör, ihre Schuppen und Platz zum Trocknen von Fisch haben. Touristenhotels werden es nirgendwo in Asien, wo die Flut zugeschlagen hat, zulassen.«, ließ kämpferisch das *World Forum of Fisher Peoples* (WFFP), ein Bündnis von 34 Fischerorganisationen, wissen.

Folgen des Hilfebooms

Überall in der Region sucht ein massives Aufgebot an Organisationen verzweifelt nach Projekten, denen sie ihre Spendengelder zugute kommen lassen können. Dabei erklärt die UN-Fluthilfebeauftragte Margareta Wahlstrom, würden sogar noch weitere vier Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau benötigt. »Wir brauchen nur noch mehr Zeit, um das Geld in Hilfe umzusetzen.«

Es ist also die Kurzfristigkeit, mit der die Helfer ihr Geld loswerden müssen, die dazu führt, dass sich die Hilfsorganisationen gegenseitig auf den Füßen stehen. Aber auch die spezifischen Zwecke, für die das Geld verwendet werden soll, tragen das ihre dazu bei. Viele Organisationen wollen vor allem Schulen oder Waisenhäuser betreuen. Das kommt bei den Spender/innen daheim am besten an. Auf Sri Lanka wurden allerdings »nur« 163 Schulen zerstört.

Einige »Helfer« verwechseln zudem die Katastrophe anscheinend mit einem Sperrmülltermin. Die Europäische Kommission beabsichtigt, ausgemusterte Fischerboote in den Flutländern zu entsorgen — in schlechter alter Tradition, unter dem Mäntelchen von Entwicklungshilfe überschüssige Waren loszuwerden. Die EU-Boote seien nicht für die in der Region üblichen Fischfangmethoden zu verwenden, der Aufbau eines lokalen Marktes werde verzerrt und den Armen kämen die Boote ohnehin nicht zugute, so die Welternährungsorganisation FAO.

Mit dem vielen Geld, das den ausländischen Helfern zur Verfügung steht, treiben sie auf den lokalen Bazzars die Preise für Alltagsgüter hoch. Die Flüchtlinge in den Lagern, für die sie die Güter einkaufen, bekommen diese zwar umsonst — die Bevölkerung aber, die nicht zu den Flutopfern zählt, muss nun tiefer in die Tasche greifen. Die Preise für Lebensmittel sind auch gestiegen, weil viele Transportfirmen ihre Frachttarife erhöht haben, berichtet Michael Phillips aus Aceh.

Dabei wird die Notwendigkeit einer massiven Präsenz ausländischer Helfer/innen immer fraglicher. So berichtet Bernhard Imhalsy in der *taz* aus Sri Lanka, dass »die meisten NGOs nützlich (gewesen sind), solange es darum ging, erste Hilfe zu leisten und Hilfsgüter zu verteilen. Nun → ohne Landeserfahrung und

oft ohne lokale Partner — sind sie logistisch überfordert, wenn es darum geht, Starthilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu leisten, einen Hausbau zu finanzieren oder Trauma-Beratung anzubieten.«

Das globale Bauernnetzwerk *la via campesina* weist darauf hin, dass lokale Organisationen meist weniger Geld brauchen, da sie Freiwillige vor Ort mobilisieren können. Die vorrangige Einbeziehung von lokalen Kräften und ihrer Organisationen trage auch zu einer politischen Stärkung der Strukturen vor Ort und der dortigen Wirtschaft bei — unter der Voraussetzung, dass strukturelle Veränderungen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Gang kommen.

Bekanntlich dient Entwicklungshilfe immer auch der Förderung der eigenen Industrie. Eine Umfrage der UN kommt zu dem Ergebnis, dass 84 Prozent der amerikanischen Hilfs-gelder in Form von Waren- und Dienstleistungskäufen in die USA zurückfließen. Unter anderen Deutschland, Japan, und Australien bestehen darauf, dass mit einem großen Teil ihrer Gelder Hilfsgüter aus dem Land des Gebers geordert werden müssen. So hat Indonesien bereits das stark umworbene Tsunamifrühwarnsystem in Deutschland bestellt — Kostenpunkt: 45 Millionen US-Dollar.

Weiter denken — Welt verändern

Anfangs galt der Tsunami als eine Katastrophe, die von Naturgewalten ausgelöst wurde. Solche Ereignisse könne menschliches Handeln nicht verhindern, sondern höchstens dessen Konsequenzen abmildern.

Mittlerweile weiß man aber, dass Tourismus, Garnelenzuchtfarmen und andere industrielle Entwicklungen, deren Ausbreitung meist auf wirtschaftspolitische Grundentscheidungen wie ökonomische Modernisierung und »Strukturanpassung« zurückgehen, maßgeblich zur Verwüstung beigetragen haben. So sind infolge dieser Programme überall massiv Mangrovenwälder, Küstendünen, Korallenriffe und Seegrassgebiete zerstört oder soweit degradiert worden, dass die Flutwellen nahezu mit voller Wucht in die menschlichen Siedlungen hineinbrachen. (siehe auch Seite 14)

Während »im derzeitigen westlichen Taumel für Superlative die angemessene Hilfsbereitschaft flugs zu einer uneingeschränkten Solidarität mit den Armen stilisiert« werde, so Martina Backes von *Fernweh*, geht die Zerstörung, die weltweit durch fortgesetzte Untätigkeit in Bezug auf Schulden, Entwick-

lungshilfe und Handel verursacht wird, ungebremst weiter. Die »Scheinheiligkeit der Herrschenden dieser Welt« (John Pilger) wird erst dann überwunden sein, wenn nicht nur die Opfer einer Naturkatastrophe für wert befunden werden, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu erhaschen, sondern ebenso die Opfer neoliberaler Strukturanpassung und ökonomistischer Modernisierung.

Weltweit leiden mehrere Milliarden Menschen permanent unter den Bedingungen, gegen die jetzt in den Flutgebieten Abhilfe geschaffen werden soll: Kein Trinkwasser, kein Dach über dem Kopf, eine unzureichende medizinische Versorgung und keine Nahrungsmittelsicherheit. Im Laufe von zwei Wochen sterben allein in Asien genauso viele Menschen an vermeidbaren Krankheiten, wie der Flutkatastrophe zum Opfer gefallen sind.

Ein erster Schritt wäre es, wenn alle EU-Mitglieder sich endlich entschließen würden, mindestens 0,7 Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für die Bekämpfung der Armut in der Welt auszugeben. Deutschland hat dabei besonderen Nachholbedarf mit gerade einmal 0,28 Prozent. Auch einige ernsthafte Schritte beim Schuldenerlass und substantielle Handelserleichterungen für Entwicklungsländer stünden den Industriestaaten gut zu Gesicht. Arme Staaten brauchen keine Almosen, sondern eine gerechte Ordnung der Weltwirtschaft.

Wann machen Partnerschaften Sinn?

Achtzig Partnerschaften sind in Deutschland bis Ende Februar



Foto: Archiv

bereits vermittelt worden, nachdem Bundeskanzler Schröder eine groß-angelegte Partnerschaftsinitiative angestoßen hat. Aus den Flutregionen ist bekannt, dass Basisorganisationen nur an solchen Partnerschaften Interesse haben, deren Langfristigkeit und Nachhaltigkeit gesichert ist. Und die auf Gleichberechtigung angelegt sind.

»Ein globales Mitgefühl, nicht nur für menschliches Leben, sondern für menschliche Würde«, so Harsha Walia aus Indonesien, »kann niemals erreicht werden, wenn braune Leiber auf Plantagen schwitzen, schuffen und sterben, nur um täglich zwei US-Dollar zum Leben zu haben, Tausende von Bauern sich das Leben nehmen, weil ihnen ihre Lebensgrundlagen gestohlen werden, und Frauen und Kinder an den Knüppeln bewaffneter Polizisten vorbeiziehen, die die Tore der marktwirtschaftlichen Paradiese bewachen.«

»Die Welt«, so Thomas Gebauer von *medico international*, »leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die Hilfe in einem immer größer werdenden Maße notwendig machen.«

Eine Langfassung des Artikels (28 Seiten) findet sich auf unserer Homepage unter: www.asienhaus.de/flut/nachdemtsunami.pdf. Hier finden sich weitere Kapitel über den Tourismus in Südthailand, die Motive der Geberstaaten hinterfragt und über die Geschichte von Katastrophenhilfe als versteckter Strukturanpassung sowie über die Folgen für ein neues Eine-Welt-Bewusstsein.